

Lange Sommerferien stehen zur Debatte

Die beiden Basel prüfen gemeinsam eine Neuverteilung der Schulferien. Dabei haben auch die Eltern ein Wörtchen mitzureden.

Michael Meury

Die Schülerinnen und Schüler in Baselland und Basel-Stadt geniessen 14 Wochen Schulferien pro Jahr. Davon sechs Wochen im Sommer und zwei im Herbst. Nun wollen die beiden Basel das System aber grundlegend überdenken. «Ziel ist es, die Ferien gleichmässiger über das Schuljahr zu verteilen», schreiben die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) und das Erziehungsdepartements Basel-Stadt (ED).

Letzten Mittwoch starteten die beiden Departemente, welche die Termine der Schulferien stets gemeinsam planen, eine Umfrage mit fünf Änderungsvorschlägen. Dazu können verschiedene Anspruchsgruppen bis Ende Januar 2026 Stellung nehmen.

Variante A: Alles bleibt beim Alten. Variante B: fixe und spätere Frühlingsferien in den Kalenderwochen 18 und 19. Variante C: spätere Herbstferien in den Kalenderwochen 41 und 42. Variante D: kürzere Sommerferien, dafür spätere und längere Herbstferien. Variante E: fixe Frühlingsferien und spätere Herbstferien. Variante F: fixe Frühlingsferien, kürzere Sommerferien, dafür längere und spätere Herbstferien.

Die Regelungen gelten nicht nur für die Volksschulen, sondern beispielsweise auch für Berufsfachschulen und Musikschulen. Nebst Erziehungsbechtigten von je 1500 zufällig ausgewählten Schulkindern werden auch sämtliche Gemeinden, Parteien, Gremien aus dem Bildungsbereich sowie Wirtschafts- und Branchenverbände befragt.

Die künftige Regelung werde ausgehend von den Umfrageergebnissen festgelegt, schrei-



Haben Schulkinder in Baselland und Basel-Stadt bald nur noch fünf Wochen Sommerferien?

Symbolbild: Ralph Ribi

«Ziel ist es, die Ferien gleichmässiger über das Schuljahr zu verteilen.»

ben BKSD und ED. Der Zeitpunkt einer Umsetzung ist noch offen, könnte aber noch vor dem Schuljahr 2032/33 stattfinden. «Eine Änderung ist aber nur dann möglich, wenn sich die Kantone auf eine einheitliche Variante einigen.» Grund sei die enge Verflechtung der Kantone, erklärt Rebekka Gysel von der BKSD. «Viele Baselbieterinnen und Baselbieter arbeiten oder gehen in Basel-Stadt zur Schule und umgekehrt.»

Kritik an den Vorschlägen der Regierungen

Mit der Umfrage reagieren die beiden Regierungen auf zwei Aufträge ihrer Kantonsparlamente. Der SVP-Landrat und jetzige Landratspräsident Re-

to Tschudin forderte 2023 per Vorstoss, die Herbstferien um eine Woche zu verlängern. In Basel-Stadt forderte SVP-Grossrätin Jenny Schweizer 2024 eine Neuverteilung der Frühlingsferien.

Tschudin möchte mit einer dritten Herbstferienwoche die Privatwirtschaft entlasten. «Arbeitnehmende mit Schulbezug müssen ihre Ferien aktuell in zwei Wochen drängen.» Er ist überzeugt, eine Entschärfung durch eine dritte Woche würde sowohl Unternehmen und Arbeitgebende als auch Arbeitnehmende und Familien in der Ferienplanung entlasten. Er kritisiert jedoch, dass bloss zwei der sechs Varianten tatsächlich verlängerte Herbstferien be-

inhalten. «Das entspricht nicht dem Auftrag des Landrats an den Regierungsrat.»

Dass beide Schulferien-Vorstösse von der SVP stammen, sei reiner Zufall, sagt Schweizer. Ihr gehe es um eine Verbesserung zugunsten der Familien. Zum einen sei die Zeit um Ostern zum Reisen weniger geeignet, zum anderen sei die Phase bis zu den Sommerferien zu lange. Eine Aufteilung oder Verschiebung der Frühlingsferien sei sinnvoll. «So können die Schulkinder auch ihre Energie besser auftanken für den Schlussputz vor den Sommerferien und die Schlusszeugnisse.»

Die Verteilung der Schulferien sei auch unter Lehrpersonen immer wieder ein Thema,

meint Philipp Loretz, Präsident des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB). «Der Verein wird die vorgeschlagenen Varianten sorgfältig prüfen und intern diskutieren.» Die Erfahrung zeige, durch kurze Abstände zwischen zwei Ferien bleibe im Unterricht kaum Zeit, sich vertieft in Themen einzuarbeiten. «Sind sie zu lang, lässt die Konzentrationsfähigkeit gegen Ende des Quartals spürbar nach.» In der Folge nehme die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler ab.

Neuverteilung hätte auch nationale Auswirkungen

«Eine Koordination sollte aber nicht nur mit Basel-Stadt, sondern auch mit den Nachbarkantonen Solothurn und Aargau erfolgen», sagt Loretz. Eine mögliche Neuverteilung solle idealerweise für die gesamte Nordwestschweiz gelten. «Andernfalls geraten Lehrpersonen mit Wohnsitz in den Nachbarkantonen und schulpflichtigen Kindern schnell in Schwierigkeiten.»

Das Gymnasium Laufental-Thierstein hat schon lange nur fünf Wochen Sommerferien, dafür dreiwöchige Herbstferien. Dieses Berner Relikt wurde nach dem Kantonswechsel des Laufentals beibehalten. Darauf einigte man sich mit dem Kanton Solothurn, wo fünf Wochen Sommerferien üblich sind und wo viele der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums wohnen. Umgekehrt passen die Solothurner Gemeinden im Leimental ihre Ferien schon lange an das Baselbiet an, wie Siegfried Kaufmann, Präsident des Zweckverbands Schulen Leimental erklärt. «Aufgrund der vielen Überschneidungen möchten wir das auch weiterhin synchron handhaben.»